

## Offener Brief an die Presse und alle Stadträte der Stadt Freiburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

am Dienstag soll ja die Abstimmung zum neuen Bordellkonzept erfolgen. Wir möchten daher auf einige Details hinweisen.

Durch die Tatsache, dass die Stadt gegen Terminwohnungen vorgeht und nur 8 Bordelle genehmigen will, unterstützt jeder der Stadträte ungewollt, da bislang nicht ausreichend öffentlich diskutiert, die Ausbeutung und den Zwang von Prostituierten (in Großbordellen) auch wenn das gerne von interessierter Seite anders dargestellt wird.

Wenn es nur noch wenige Adressen gibt, die von den Prostituierten angefahren werden können, ist es eine logische Konsequenz, dass es mehr Bewerberinnen als Arbeitsstätten geben wird. Die Betreiber werden daher bevorzugt (oder sogar ausschließlich) diejenigen Prostituierten berücksichtigen und beschäftigen, die Ihnen „am meisten bieten“.

Frauen, die nur mit Kondom arbeiten wollen, um Ihre Gesundheit und die Gesundheit ihrer Kunden zu schützen, bekommen dann keine Standorte /Arbeitsmöglichkeiten mehr, weil sie den Betreibern von Bordellen, nicht so viel Gewinn bringen, es sei denn, sie bieten ungeschützten Praktiken an!

Gerade Prostituierte, die in Freiburg wohnen und nicht die Möglichkeit haben, in andere Städte zu reisen (zum Beispiel durch Kind oder Familie), werden somit dazu gezwungen, Sexpraktiken anzubieten, welche sie sonst nie anbieten würden, jedoch aufgrund des Standortmangels anbieten müssen, um nicht brotlos zu werden.

Bislang war es den Prostituierten immer möglich, dann wenn ein Arbeitgeber zu viel an Service verlangt hat oder wenn dort ein zu schlechtes Betriebsklima herrschte, beispielsweise mit Arbeitszeiten bis 5:00 Uhr morgens, den Arbeitgeber bzw. den Standort einfach zu wechseln und freiberuflich auf eigene Rechnung in Terminwohnungen zu arbeiten.

Es gab genügend Ausweichmöglichkeiten. Aufgrund der Anzahl von Betreibern waren Absprachen auch nicht möglich.

Sollte die im Stadtrat von der Stadtverwaltung so vorgeschlagene Abstimmung durchkommen, dann wird es im Stadtgebiet von Freiburg nur noch 8 Adressen geben, wovon 4 Adressen einer Investoren-Gruppe / Betreiber-Gruppe gehören. Das bedeutet in der Praxis, dass eine Frau, die keine Spermaaufnahme anbieten will, dann bei allen 4 Adressen keinen Termin mehr bekommen wird.

Sollten sich die Betreiber zusammenschließen, dann wären Stadtverbote, die vor der Änderung des Prostitutionsgesetzes gang und gäbe waren, wieder möglich. Das Modell: „Machst du nicht was ich sage, dann arbeitest du hier in der Stadt nicht mehr“ war zu früheren Zeiten ein beliebtes Druckmittel.

In Villingen-Schwenningen beispielsweise wurden die „United Tribuns“ zerschlagen, welche genau diese Mittel eingesetzt haben, weil dem Chef der Gruppe fast alle wichtigen Bordelleinrichtungen in Villingen-Schwenningen gehört haben.

Aber selbst wenn es solche Strukturen nicht geben wird (was wohl eher Wunschdenken einiger Polizei- und Verwaltungsbeamten bleiben wird), werden sich die Prostituierten aufgrund der neuen Lage in Freiburg selbst unter Druck setzen, denn wer „nicht viel

anbietet, bekommt auch keinen Termin in Freiburg ...“, denn die Plätze in den 8 Einrichtungen sind zahlenmäßig begrenzt.

Ein aktuelles Beispiel ist der so genannte „Blow Job Contest“ vom 13.10.12 im FKK-Palast Freiburg. Acht Damen bedienten dort am 13.10.2012 mehrere hundert Gäste mit dem Mund, wobei hier ohne Kondom gearbeitet wurde. Im Freistaat Bayern besteht – im Unterschied zu Baden-Württemberg – beispielsweise Kondomzwang!

Die ersten drei Prostituierten erhielten ein Preisgeld für die „beste Leistung“, die anderen Prostituierten haben 300 CHF erhalten. Das ist ein Durchschnittspreis von nur rund 5 CHF pro Gast für einen ungeschützten Austausch von Körperflüssigkeiten.

Schaut man woher die Prostituierten kommen sind diese alle aus den anderen Läden des Betreibers.

Keine Prostituierte in Freiburg würde diese Leistung freiwillig für 4 € durchführen! Sie können sich selbst ein Bild von dieser Aktion unter

<http://www.fkk-palast.com/news-blowjobcontest.php> (mit Video) machen.

Was uns auch verwundert ist, dass die von der Stadt Freiburg stammenden Pressemeldungen stets von 80 Adressen im Stadtgebiet sprechen. Das ist nicht richtig. Die Terminwohnungen in Freiburg bestehen oftmals schon seit Jahren! Und nur sehr wenige entstehen neu, aber es kann auch nicht Aufgabe der Stadt sein, hier eine künstliche Verknappung zu schaffen, damit sich im Ergebnis ein paar wenige Personen sich eine „goldene Nase“ mit dem Geschäft der Prostitution verdienen. Genau damit solche nicht passieren kann, wurde die Prostitution im Januar 2002 durch den Bundesgesetzgeber legalisiert.

Tatsächlich sind es die ganzen 1-2 Personen Adressen die immer wieder eröffnet und geschlossen werden. Entgegen der Aussage bestehen hier ausreichende Möglichkeiten im Baurecht hier einzuschreiben.

Wir haben die letzten zwei Zypresse Ausgaben ausgewertet und konnten nicht einmal 40 unterschiedliche Adressen für das Stadtgebiet von Freiburg feststellen! Es gibt zwar über 100 Kleinanzeigen, jedoch schalten viele Erotikadressen mehrere verschiedene Anzeigen, um unterschiedliche Kunden anzusprechen. Dadurch dürfen Sie sich nicht irritieren lassen.

Das Ihnen von der Verwaltung vorgelegte Bordellkonzept basiert somit auf völlig falschem Zahlenmaterial. Eine Nachfrage der Stadtverwaltung bei der Steuerfahndung des Finanzamts in Freiburg, welche die Pauschalsteuer bei Prostituierten einzieht, hätte hier Klarheit schaffen können. Durch diese Anfrage erhalten Sie Personenzahlen und Standorte im Stadtgebiet Freiburg, welche viel genauer sind, als alle Angaben, welche Sie von der Polizei überhaupt bekommen können.

Das Baurecht bietet genügend Möglichkeiten, um die Prostitution dort einzuschränken, wo man sie nicht haben will. Wobei die geplante **Sexsteuer** noch zusätzlich für einen Rückgang der Studios sorgen wird. Die meisten Betreiber, mit denen wir gesprochen haben, sind auf die Sexsteuer verständlicherweise nicht gut zu sprechen, sehen darin aber eine Möglichkeit, dass dadurch schlecht geführte Wohnungsadressen unrentabel werden und **befürworten** daher im Ergebnis diese Absichten.

Die Stadt Freiburg erwähnt in einem Interview auch, dass die Wohnwagenprostitution komplett vertrieben worden sei und jetzt alle Prostituierten, in legalen Bordellen arbeiten würden. Auch diese Aussage ist nicht richtig.

Sechs der betroffenen Frauen arbeiten jetzt in einer illegalen Adresse in der Krozingerstraße in Freiburg. Der Betreiber Nedo Gierlich wurde insgesamt 4 Mal mit seinen Wohnwägen vertrieben und arbeitet jetzt in einer normalen Wohnung.

Ein weiterer Wohnwagen-Betreiber hat das Studio Noblesse zusammen mit Herrn Böesen übernommen, welcher weitere Adressen (zum Beispiel das Fantasy auf der Haid 1) betreibt. Zu dieser Gruppe gehören auch die Einrichtung Mattenstraße 6 und das so genannte Hexenhaus, welche durch das Bordellkonzept jetzt legalisiert werden sollen. Diese Adressen wurden auch über Berichte in der Badischen Zeitung bekannt, weil der Betreiber dort illegale Drogen an die Prostituierten in großem Stil verkauft hat. Sie finden Informationen dazu unter

<http://www.badische-zeitung.de/freiburg/milde-haftstrafe-fuer-den-drogenwirt--46189416.html>

In letzter Zeit versuchen auch immer mehr Gruppen von auswärts auf illegalem Wege Fuß im Erotikbereich in Freiburg zu fassen. Bis dato war dieses Vorhaben unrentabel und zu unsicher, weil man nie wissen konnte, ob eine Adresse geduldet wird und ob der erwartete oder erzielte Gewinn sich wirklich mit dem Risiko vereinbaren lässt. Denn kaum jemand riskiert hohe Strafen, wenn ein Objekt geschlossen werden kann oder keine hohen Gewinne verspricht!

Wenn es jedoch nur noch 8 Adressen in Freiburg geben wird und damit eine staatlich abgesicherte und geschützte Monopolsituation geschaffen worden ist, dann wird es für ein einfaches sein, die Betreiber unter Druck zu setzen und Einrichtungen gezielt zu übernehmen. Versuche dazu soll es zuletzt im November 2010 von Seiten der – Ihnen aus Medienberichten gewiss nicht unbekannten – Hells Angels gegeben haben. Wenn Sie dazu Informationen benötigen, finden Sie diese unter

<http://www.badische-zeitung.de/freiburg/amtsgesicht-verhaengt-milde-strafen-gegen-angeklagte-aus-dem-rockermilieu--60533800.html>

Wir halten es daher für mehr als bedenklich, durch ein auf Monopolisierung ausgerichtetes kommunales Bordellkonzept (nunmehr wissentlich) die Gefahren zu steigern, das Gruppen von außen hier Macht ergreifen und ausüben können, wenn sie sich den Einfluss auf mehrere Objekte verschafft haben werden. In anderen Städten gibt es da genügend negative Beweise. Hierzu ein Zitat aus der Badischen Zeitung:

„Der jüngere Angeklagte, einst Vizepräsident der Lahrer Hells Angels, soll im November 2010 den Betreiber von sogenannten Terminwohnungen zum Überlassen mehrerer solcher Etablissements gedrängt haben. Es ging um das "Hexenhäusle" am Schildackerweg in Haslach und das "Massagehaus" an der Mattenstraße nahe der Kronenbrücke. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, kreuzte laut Anklage eine Gruppe von acht Hells Angels auf, was Freier und Prostituierte einschüchterte. Das ging natürlich auf den Umsatz. Weitere "Stubenrundgänge" waren angedroht.“

Ein weiteres Zitat aus dem Artikel in der Badischen Zeitung:

„Es ist auch zu hören, das damals türkische Banden in den offensichtlich lukrativen Freiburger Markt drängten. Heute sollen nach unbestätigten Gerüchten diese betreffenden Wohnungen unter Kontrolle von einer mit den Hells Angels konkurrierenden Rockergruppierung stehen. (Outlaws)“

Gerade mit einer durch das neue Bordellkonzept eingeleiteten Monopolisierung, werden solchen Gruppen – ausgerechnet durch eine kommunale Konzeption – Tür und Tor geöffnet. Wir können nicht verstehen, dass Argumente gegen dieses Konzentrationskonzept heruntergespielt werden, vor allem, weil sich seit diesem Jahr eine weitere, einschlägige „Gruppe“ in Freiburg niedergelassen hat.

Die „Outlaws MC“ haben ein Vereinsheim in Freiburg gegründet. Der Gremium MC, der zum Beispiel die Rotlichtszene in Karlsruhe gemeinsam mit den Hells Angels regiert, will nächstes Jahr nach Freiburg kommen und auch die „Bandidos“ haben eine Clubheimgründung für das Jahr 2013 angekündigt.

Parallel dazu haben die Hells Angels bereits eine Bar eröffnet (Standort Elsässerstraße), mit dem Namen Boom, wobei ein o einen Unterstrich aufweist, was die Zahl 81 ergibt. Zur Ihrer Information: die Anfangsbuchstaben 8=H und 1=A stehen für Hells Angels, Dies „Gruppen“ wollen sich also in den nächsten 24 Monaten hier festigen und in Freiburg dauerhaft niederlassen.

Seltsam erscheint auch die Tatsache, dass mehrere Adressen, die städtebaulich wesentlich günstiger liegen, als das so genannte Studio 79, keine Genehmigungsfähigkeit erhalten sollen. Bedenkt man dann noch, dass genau dieses Studio 79 von einem Rechtsanwalt vertreten wird, welcher damit wirbt, gute Kontakte zur Baubehörde zu haben, da er selbst jahrelang dort tätig war, dann entsteht das, was wir in Baden-Württemberg ein „Geschmäckle“ nennen.

Bei dieser Adresse „Studio 79“ wird im Übrigen auch seit einem Jahr Alkohol ausgeschenkt und Bereiche, in welchen sich Gäste und Frauen entkleidet bewegen, werden dort videoüberwacht. Obwohl der Stadtverwaltung dies gemeldet wurde, hat es dort bis heute keine Änderungen gegeben.

Im Gegenzug weigert sich die Bauverwaltung betreffend die Böcklerstraße 9, die zwei dort betriebenen Terminwohnungen legalisieren, obwohl diese seit 6 Jahre ohne Wissen von Nachbarn und somit städtebaulich und sozial ohne Spannungen betrieben werden. Herr Bürgermeister Neideck hat diesbezüglich in einem Schreiben vom 17.4.2012 an die Frau Breckwoldt und Herrn Bock klargestellt, dass es bis zu diesem Zeitpunkt **keine** ordnungsstörende Vorfälle im Umfeld gegeben habe. Damit ist Herr Bürgermeister Neideck ein guter „Zeuge“ dafür, dass die beiden Terminwohnung in dem Gewerbegebiet Böcklerstraße nicht störend sind. Erst durch das Mitwirken der Patenstadträtin Frau Dr. Ellen Breckwoldt wurde die Adresse erst richtig bekannt.

Und auch die benachbarte Tanzschule hat durch ein Schreiben der Stadt Freiburg von der unauffälligen Wohnung Kenntnis erlangt. Die Tanzschule befindet sich am Ende der Sackgasse und hat sich 6 Jahre nicht daran gestört und es gab 6 Jahre keine Vorkommnisse! Trotzdem wird versucht das anders darzustellen was wohl am Einfluss einiger Tanzschulmitglieder liegt. Auch das bereitet es gewisses „Geschmäckle“!

Zuvor hat sich keiner an der Adresse gestört. In einem Schreiben eines Nachbarn heißt es sogar:

„... mit dem bisherigem Umfang hatten bzw. haben wir keine Probleme, aber eine Vergrößerung sehen wir mit Sorge!“

Diese Adresse befindet sich in einer Sackgasse, es gibt keine Wohnungen im Umfeld, gegenüber befindet sich Waldfläche und die Einrichtung kann auch nicht eingesehen werden. Die Verkehrsanbindung ist perfekt (Bahn, S-Bahn, Bus, Parkplätze) Das „Penthouse“ und das „Malibu“ werden in einer Bewertungsliste im Internet unter den ersten drei **besten** Adressen in Freiburg geführt und die Frauen schaffen schon jahrelang in der Wohnung, was für ein gutes und faires Betriebsklima spricht. Frauen können hier noch selbst entscheiden, was sie anbieten möchte.

**Trotzdem** wird von Seiten der Stadt weiterhin das Ziel verfolgt, die weder städtebaulich noch in sozialer Hinsicht irgendwelche Spannungen hervorrufende Terminwohnung zu schließen.

Eine Monopolisierung der Einrichtungen, welcher das Bordellkonzept der Stadt Freiburg „blauäugig“ Tür und Tor öffnet, ist daher nicht nur sicherheitsrechtlich gefährlich und bedenklich, sondern auch aus anderen Gründen nicht sinnvoll, soweit es um ein drogen- und zwangsfreies Umfeld geht.

Gerade Terminwohnung mit bis zu maximal drei Prostituierten sollten in Freiburg weiterhin – aber legal – möglich sein. Ein Verbot, wozu das derzeitige Bordellkonzept führen ist, ist nicht nur schädlich für die Prostituierten und deren Arbeitsbedingungen sondern auch sicherheitsrechtlich in vielerlei Hinsicht gefährlich.

Es kann nicht Aufgabe der Stadt Freiburg sein (ungewollt sicher, aber dennoch faktisch), für einen guten Verdienst einzelner weniger Personen / Investorengruppen zu sorgen, welche einige wenige legale prostitutive Einrichtungen – unter Ausschluss aller anderen – in Freiburg betreiben dürfen.

In einem Schriftstück, welches der Baubehörde und der Kriminalpolizei vorliegt, wurde ein Vergleich von Einwohnerzahl zu den Prostituierten aufgestellt.

- Freiburg auf 2802 Einwohner kommt eine Prostituierte
- Offenburg auf 811 Einwohner kommt eine Prostituierte
- Baden – Baden auf 604 Einwohner kommt eine Prostituierte
- Karlsruhe auf 1179 Einwohner kommt eine Prostituierte
- Stuttgart auf 151 Einwohner kommt eine Prostituierte

Dabei hat Freiburg also die geringste Zahl an Prostituierten pro Einwohner unter allen vergleichbaren Städten – auch wenn man die falschen Zahlen des Bordellkonzepts zugrunde legt. Alle anderen Städte, welche allesamt über den Freiburger Schnitt liegen, haben keine Begrenzung der Standorte für nötig empfunden, obwohl zum Beispiel in Stuttgart bereits eine Sexsteuer erhoben wird.

Deshalb rate ich Ihnen, das Bordellkonzept, welches Ihnen derzeit zur Abstimmung vorliegt, am kommenden Dienstag nicht zu verabschieden, sondern von der Tagesordnung abzusetzen, um im Stadtrat und unter Beteiligung von Fachleuten (nicht nur aus dem Bereich der Polizei) nochmals eine fundierte Diskussion zu führen und das Bordellkonzept nochmals zu überarbeiten.

Ich meine sicher sein zu dürfen, dass Sie persönlich keine Monopolisierung der Bordelleinrichtungen in Freiburg anstreben und dass Sie dem Bordellkonzept bislang nur aufgrund mangelnder Informationen über Daten und Zusammenhänge zugestimmt hätten. Nachdem es mir jedoch hoffentlich gelungen sein wird, bei Ihnen Zweifel über die Richtigkeit der Datengrundlage zu wecken und Sie auf die konkreten Gefahren hingewiesen zu haben, welcher aus einer Monopolisierung des Prostitutionsbereichs in Freiburg entstehen können, bitte ich Sie, dem Bordellkonzept in der heutigen Fassung nicht zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Flamm